

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXII/146

Bad Godesberg, den 3. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	Die Handschrift der Regierung Kühn Nordrhein-Westfalen korbelt Struktur- und Konjunkturpolitik an	73
2 - 3	INTERSEMO Der 27. INTERSEMO-Kongress in Bern, ein Beitrag zur Völkerverständigung Begegnung zwischen Ost und West Von Fritz Büttner, MdB	63
4 - 5	Fehlplanungen im Kieler Kultusministerium Landesregierung soll endlich Tatsachen nennen	56
6	Tourismus in Zahlen Günstigere Bedingungen für Gruppenreisen bei der Bundesbahn	30

\* \* \*

### Die Handschrift der Regierung Kühn

#### Nordrhein-Westfalen kurbelt Struktur- und Konjunkturpolitik an

wg - Knapp drei Monate nach der Verabschiedung des Haushaltes für 1967 beschloß das nordrhein-westfälische Landeskabinett den Etat-Entwurf für das nächste Jahr. In der Landeshauptstadt war man von dem forschenden Tempo überrascht, mit dem die überaus schwierigen Beratungen zu einem positiven Abschluß gebracht werden konnten. Dabei kam es den Ministern nicht etwa darauf an, ein "blaues Band" für schnelle Kabinettsarbeit zu errichten. Hier ging es vielmehr darum, den Entwurf des Haushaltsplanes für das nächste Jahr vor den Sommerferien unter Dach und Fach zu bringen, um die parlamentarische Beratung zu Herbstbeginn einleiten zu können. Rechtzeitig genug, um nach Möglichkeit mit einem in drei Lesungen verabschiedeten Etat in das neue Finanzjahr zu gehen. Auch Pünktlichkeit gehört schließlich zu einer geordneten Finanzwirtschaft.

Einzelheiten über den Regierungsentwurf werden erst in den parlamentarischen Beratungen bekannt werden. Aus der grundsätzlichen Weichenstellung, die in Düsseldorf vorgenommen wurde, ist jedoch die politische Absicht zu erkennen, die die Landesregierung mit ihrer Finanzwirtschaft verfolgt. 1,5 Milliarden Mark umfaßt der Etat-Entwurf. Das sind rund fünf Prozent mehr als in diesem Jahr. Natürlich vermag der Finanzminister angesichts rückläufiger Einnahmen nicht auf eine stärkere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes zu verzichten. Der außerordentliche Haushalt erhöht sich auf rund eine Milliarde Mark. Von Schuldenfreudigkeit kann dennoch keine Rede sein. Nordrhein-Westfalen gehört immer noch zu den am niedrigsten verschuldeten Ländern der Bundesrepublik.

Natürlich ist die Manövriermasse des Haushaltes gering, wenn man einmal die Fülle der unverrückbar festen Kosten abzieht, die in einem so großen Land entstehen. Allein die Personalkosten steigen auf über 45 Prozent des ordentlichen Haushaltes. Natürlich heißt das nicht, daß übermäßige Verwaltungen sich in unvermeidbarer Maße ausdehnen. In den Düsseldorfer Ministerien sitzt der allergeringste Teil der Staatsbediensteten. Ihre Masse sind die Lehrer und die Beamten von Polizei und Justiz. Hier wird das Land tief in die Tasche greifen, um das zu verwirklichen, was Ministerpräsident Kühn in seiner Regierungserklärung als Ziele einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung bezeichnet hat: die Verbesserung und Modernisierung des Bildungswesens und die Erhöhung

der öffentlichen Sicherheit.

Zur Unterstützung des Bundes bei seinen konjunkturpolitischen Bemühungen hat Nordrhein-Westfalen eigene Initiative entfaltet. So drängt das Kabinett Kühn die Konsumentenausgaben der öffentlichen Hand soweit wie möglich in den Hintergrund, um den Investitionsausgaben Vortritt zu verschaffen. Das Gros der Finanzmittel wird in das von Kohle und Strukturkrise erschütterte Ruhrgebiet fließen, wo dringend neue Arbeitsplätze zu schaffen sind. Hier wird von dem unter Meyers jahrelang praktizierten Gießkannenprinzip abgewichen. Wenn man so große Probleme einer Lösung zuführen will, dann muß man Schwerpunkte schaffen, auch wenn andere, durchaus notwendige Projekte dabei zurückzustellen sind. Unter diesem Gesichtspunkt darf man sagen, daß der neue Etat die Handschrift der Regierung Kühn trägt. Immerhin ist es der erste Etat, den das im Dezember eingesetzte Kabinett in eigener Zuständigkeit aufgestellt hat. Das Hauptbuch des Landes beantwortet die oft gestellte Frage nach der politischen Profilierung der neuen Regierung positiv.

Von dem Haushaltsentwurf abgesehen, zeigt sich das SPD-FSP-Team in Düsseldorf auch in bezug auf die Kooperation mit Bonn recht agil. Aus dem zweiten Investitions-Programm werden, vom Wohnungsbau abgesehen, Mittel nach Nordrhein-Westfalen fließen, die eine Anstoßwirkung von etwa einer Milliarde Mark im Spätherbst auslösen sollen. Das ist ein erheblicher Schritt vorwärts, auch wenn man in Düsseldorf höhere Erwartungen und Hoffnungen gehegt hat. Die Ankündigung, daß das zweite Investitionsprogramm der Bundesregierung ganz besonders dem strukturell bedrängten Bergbaurevier zugute kommen werde, scheint sich wohl nicht ganz zu erfüllen. Davon abgesehen verspricht man sich aus schneller Hilfe eine positive Initialzusendung. Die Gemeinden im Revier werden es dankbar aufnehmen, daß die Regierung Kühn aus dem Programm des Bundes zur regionalen Wirtschaftsförderung 130 Millionen für die Erschließung von Industriegrundstücken in die Steinkohlenbergbaugebiete leitet. Damit werden die wichtigsten Voraussetzungen dafür geschaffen, im Herzen des Reviers neue Arbeitsplätze für Bergarbeiter zu schaffen, die von Betriebseinschränkungen im Bergbau betroffen werden. In Düsseldorf werden jetzt mehr und mehr die Konturen jener Pläne sichtbar, mit denen die nordrhein-westfälische Landesregierung die Entwicklung in den Griff bekommen will. Immerhin haben die Entscheidungen der letzten Wochen erkennen lassen, daß die Zeit der Bestandsaufnahme, der Sondierung, der Auslotung und der Vorplanung abgeschlossen ist. Im Herbst beginnt ein neuer Abschnitt, der von gezielten Aktionen bestimmt sein wird.

+ + + - 2 -

I N T E R S T E N O

Der 27. INTERSTENO-Kongreß in Bern, ein Beitrag zur Völkerverständigung

Begegnung zwischen Ost und West

Von Fritz Büttner, MdB

Die Internationale Föderation für Kurzschrift und Maschinenschreiber führte in der Zeit vom 21. bis 28. Juli 1967 in der Schweiz ihren 27. INTERSTENO-Kongreß durch. Diese Kongresse sind mit Leistungswettbewerben in Kurzschrift und Maschinenschreiben verbunden. Sigrid L u d e von der Sportredaktion der Stuttgarter Nachrichten schaffte wiederum die Weltmeisterschaft im Maschinen-Schnellschreiben. Sie schrieb 30 Minuten lang 708 Anschläge in der Minute, das sind 11,8 Anschläge in der Sekunde. Weltjugendbeste wurde Brigitte R e d m a n n aus Marl; sie brachte es mit ihren 13 Jahren auf 514 Anschläge in der Minute, ebenfalls 30 Minuten lang.

Unsere Stenografen waren ebenfalls erfolgreich. Rudolf B u r d i n s k i aus Kiel schaffte mit 450 Silben in der Minute nach internationalen Bedingungen mit geringem Abstand hinter dem Volkskammerstenografen L e p s k i den zweiten Platz in der gleichen Silbenzahl. Alle 33 Teilnehmer der Bundesrepublik haben in der Deutschen Einheitskurzschrift geschrieben. Man sollte sich dieser Leistungen einmal bewußt werden und der jungen Leute gedenken, die uns nicht nur in den Parlamenten, bei Presse, Funk und Fernsehen, in der Verwaltung und in der Wirtschaft zur Verfügung stehen, sondern ihr Können auch bei Kongressen jederzeit unter Beweis stellen.

Aber die INTERSTENO-Kongresse haben auch eine politische Bedeutung. 21 Länder gehörten bis Bern der INTERSTENO an. Schweden ist als 22. Land hinzugekommen. Etwa je zur Hälfte gehören sie zur östlichen und westlichen Welt. Aus der Bundesrepublik sprachen Professor Dr. C o r e l l von der Universität Gießen über programmiertes Lernen und Dr. L a u r i s c h aus Rheinhausen über die Technik eines modernen Büros. Diese Fachvorträge fanden ungeteilten Beifall aller Kongreßteilnehmer. Die Fachdiskussionen über diese und andere Vorträge der Vertreter anderer Nationen waren Beweis dafür, daß man voneinander lernen will, um füreinander

ander arbeiten zu können.

So führte Studienrat Heinz Hellmholz, Magdeburg, usw. bei der Eröffnung des Kongresses aus: "Die ausgezeichnete Atmosphäre der Zusammenarbeit macht es uns leicht, als Landesgruppe an der Erfüllung unserer gemeinsamen Aufgaben mitzuwirken. Bei der Arbeit haben wir in dieser Zeit persönlich viele Freundschaften geschlossen, die fest und dauerhaft sind und sich außerhalb der INTERSTENO-Tagungen bewährt haben. Darin sehen wir den besonderen Wert unserer internationalen Föderation, daß sie über die fachliche Arbeit hinaus dem großen Gedanken der Festigung der Völkerfreundschaften dient." Auf diese Bemerkungen konnte ich erwidern: "Ich stehe nicht ohne innere Bewegung in diesem Augenblick am Rednerpult. Mein Freund Hellmholz hat soeben davon gesprochen, daß die INTERSTENO ein Bindeglied zwischen den Völkern sei. Ich kann das nur bekräftigen. Ohne etwas Politisches sagen zu wollen, möchte ich doch zum Ausdruck bringen dürfen: Wenn es doch in der Politik so klappte, wie bei uns in der INTERSTENO (Beifall). Wir haben heute morgen eine Komiteesitzung mit nur einstimmigen Beschlüssen hinter uns gebracht. Ich sage nur: Zur Nachahmung empfohlen." (Erneuter Beifall). Gemeint waren die Beschlüsse die nächste Komiteesitzung in Bulgarien und den nächsten Kongreß in Polen durchzuführen und Schweden in die INTERSTENO aufzunehmen.

Bei einem zwanglosen Zusammensein saßen die Vertreter aus beiden Teilen unseres Vaterlandes und einige Gäste aus Ost und West, die der deutschen Sprache mächtig sind zusammen. Dabei habe ich im Schlußsatz zur Begrüßung ausgeführt: "So wünsche ich zum heutigen Abend einige Stunden der Entspannung nach harter Arbeit, eine Vertiefung der Freundschaften, die im Laufe der Jahre geschlossen sind, in einer Zeit, in der die Welt durch technische Entwicklung und Kriege in Unruhe versetzt wird. Möge unsere Freundschaft in der INTERSTENO einen bescheidenen Beitrag zur besseren Völkerverständigung leisten und Steinchen liefern für das Mosaikfriedensbild, das wir uns vorstellen." Man tauschte Geschenke aus: Bücher aus der Heimat, Schallplatten mit Heimatliedern, fachsimpelte und erzählte von der Heimat, in der wir geboren sind und nach der wir uns sehnen. Das mag vielleicht ein wenig sentimental klingen. Aber wer dabei war, hatte das Gefühl: niemand ist abgeschrien.

### Fehlplanungen im Kieler Kultusministerium

Landesregierung soll endlich Tatsachen nennen

sp - Der stellvertretende Landesvorsitzende der SPD, Professor Conrady, stellte zur Schulpolitik der Landesregierung folgendes fest:

Den Versuch der Landesregierung, die Fehlplanungen des Kultusministeriums zu beschönigen, muß widersprochen werden. Es muß deshalb an einige Tatsachen erinnert werden, die die Landesregierung zu ignorieren sucht.

1.) Im Haushalt gibt es 7 450 Planstellen für Volksschullehrer. Bisher standen darüber hinaus 222 überplanmäßige Stellen zur Verfügung. Diese 222 Stellen fallen künftig fort. Die Regierung sollte klar sagen, wieviel Unterrichtsstunden im kommenden Schuljahr deshalb nicht erteilt werden können.

2.) Trotz vieler Warnungen hat der Kultusminister seit 1965 Aushilfslehrkräfte ausbilden lassen. Etwa 325 dieser Kräfte sollen nun eingestellt werden; denn die ihnen gegebenen Versprechen müssen eingehalten werden. Der Kultusminister hat noch im Februar mitgeteilt, daß alle erwarteten Zugänge in Planstellen untergebracht werden könnten und daß auch die Einstellung der in der Ausbildung befindlichen Lehrkräfte gesichert sei, da etwa 450 Lehrkräfte in den Ruhestand treten würden. Er hat verschwiegen, oder wegen mangelnder Voraussicht nicht erkennen können, daß 180 voll ausgebildete Lehrkräfte, die im Angestelltenverhältnis beschäftigt sind, bis Ende 1967 ausscheiden müssen, um den Aushilfslehrkräften Platz zu machen.

Es ist ein Musterbeispiel für fehlende Planung, daß das Ministerium 1965 nicht erkennen konnte, ob die Zahl der Stellen für die 1967 im Dienst befindlichen und für die neu hinzukommenden Lehrkräfte auch ausreichen würde.

3.) Der Austausch von voll ausgebildeten Lehrkräften gegen Aus-

hilfslehrkräfte widerspricht dem von Kultusminister am 18.10.1966 im Landtag verkündeten Prinzip der wissenschaftlichen Volksschullehrerausbildung.

4.) Die Schulleiter im Land haben noch zu Anfang der Ferien - vor wenigen Tagen - nicht gewußt, mit welchen Lehrkräften sie bei Beginn des neuen Schuljahres Ende August rechnen können. Wie soll dann das neue Schuljahr sachgerecht vorbereitet werden können?

5.) Der Ministerpräsident hat am 11.7.1967 im Landtag behauptet, es würden am 1.9.1967-5 000 Volksschüler weniger vorhanden sein, als im vergangenen Jahr. Deshalb werde die gleichbleibende Planstellenzahl (7 450) "eine erhöhte Auswirkung" haben. Diese Argumentation wird der Sache nicht gerecht. Denn ein möglicher Rückgang der Gesamtschülerzahl verteilt sich über eine Vielzahl von Klassen im Land und kann deshalb gar nicht zu einem Gewinn von Unterrichtsstunden führen. Übrigens ist am 14.7.1967 im Finanzausschuß des Landtages nur von einem Rückgang um etwa 2 000 Schüler gesprochen worden. Woher stammen die nun verkündeten Zahlen? Eine Erhebung für den Kreis Eutin erbringt im Gegenteil ein Ansteigen der Volksschülerzahl ab 1.8.1967!

6.) Das Kultusministerium hat vor kurzem Richtlinien für die Neuordnung der Hauptschulstufe (Klasse fünf bis neun) erlassen. Sie können jedoch nicht verwirklicht werden, denn die erforderlichen Planstellen sind nicht geschaffen worden. Was haben Richtlinien dann für einen Sinn?

7.) Die Eltern der Schulkinder erleben nur zu oft, daß Unterrichtsstunden wegen des Fehlens von Lehrkräften ausfallen müssen. Sie müssen darauf gefaßt sein, daß sich das in Zukunft noch verschlimmern wird. Die Regierung sollte diese Tatsache nicht verschweigen, sondern einmal mitteilen, wieviel der in den Stundentafeln vorgeschriebenen Stunden überhaupt nicht gegeben werden können.

### Tourismus in Zahlen

#### Günstigere Bedingungen für Gruppenreisen bei der Bundesbahn

Das statistische Bundesamt teilte mit, daß nach einer Zählung, die in 2.780 Berichtsgemeinden in Beherbergungsbetrieben und bei Privatquartieren vorgenommen worden ist, rund 9,3 Millionen Fremdenübernachtungen vorgenommen worden sind. Davon waren 8,5 Millionen Inlandsgäste und 840.000 Besucher kamen aus dem Ausland. Gegenüber April des Vorjahres ist ein Rückgang um 3,9 Prozent bei den Inlandsgästen und von 6,8 Prozent bei den Auslandsgästen zu verzeichnen. Im Durchschnitt beträgt der Rückgang also 5,35 Prozent. Ein Teil des Rückganges im April dürfte darauf zurückzuführen sein, daß Ostern dieses Jahr in den März fiel.

In den deutschen Großstädten nahm die Zahl der Fremdenübernachtungen im April, verglichen mit dem gleichen Monat des Vorjahres, um 2,2 Prozent zu; in den Luftkurorten ging die Zahl der Fremdenübernachtungen im gleichen Zeitraum um 14,8 Prozent zurück; in den Seebädern um 8,2 Prozent; in Heilbädern um 4,6 Prozent und in den sonstigen Berichtsgemeinden um 4,0 Prozent.

In den Monaten Januar bis April 1967 sind, wie die Deutsche Zentralstelle für Fremdenverkehr mitteilte, in Hotels, Pensionen usw. sowie in Privatquartieren 34,0 Millionen Fremdenübernachtungen gemeldet worden. Davon waren 2,8 Millionen Auslandsgäste. Diese Zahl entspricht ungefähr dem Stand des Vorjahres.

Für den deutschen Gruppen-Reiseverkehr wirkt sich eine neue Regelung der Bundesbahn günstig aus. Für Gesellschaftsfahrten, die zu ermäßigten Preisen durchgeführt werden, ist eine Lockerung eingetreten. Um eine Ermäßigung von rund 30 Prozent zu erhalten, bekommen jetzt sechs Personen, die einen gleichen Reisezweck nachweisen, diese Vergünstigungen. Nach der alten Regelung waren 10 Personen erforderlich. Diese Regelung gilt nur außerhalb der Hauptsaison. Rund 50 Prozent Ermäßigung können unter den gleichen Umständen statt bisher 25 Fahrgäste, jetzt schon 15 beanspruchen.